Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossenschafter

Bezugspreis: Im Haus monatlich 2.30 Reichsmark. Durch die Post bezogen monatlich 2.30 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Fernsprecher: 17250 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18600 / Sprechstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde. Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen. Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.35 RM., für Familienanzeigen 0.20 RM. Für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Text einer Textseite 1.50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 30. Oktober 1929 — Nummer 254

Zusammenbruch des Faschistenbegehrens

Die Kommunisten sprengen die Landtagssitzung / Ueberfüllte Massenkundgebung gegen den sozialfaschistischen Polizeiterror
Massenunterstützung für Kommunistische Partei das Gebot der Stunde!

Der Sinn des Resultats:

Die Werktätigen durchschauten die Demagogen!

Dresden, den 30. Oktober

Der gestern erfolgte Abschluß des Hugenbergschen Volksbegehrens läßt zwar eine genaue Ziffernangabe noch nicht zu, ungefähr jedoch ist bereits die Größe der politischen Niederlage zu erkennen. Unter Anrechnung des anzunehmenden Ergebnisses aus Berlin hat eine vorläufige Zusammenrechnung der bisher gemeldeten Zahlen 972 865 Eintragungen bei 14 237 299 Wahlberechtigten ergeben. Das wären somit 7 Prozent, während 16 Prozent hätten aufgebracht werden müssen. Die Zahlen in den einzelnen Bezirken und Städten sind entsprechend der Struktur der Bevölkerung grundverschieden. Während im ganzen Westen die Zahlen weit unter dem Durchschnitt blieben und zum Beispiel im ganzen Wahlkreis Düsseldorf-Ost ganze 2 Prozent, in Bochum 2½ Prozent, in Dortmund nur 1½ Prozent in Essen 1¾ Prozent und in Frankfurt a. M. etwa 1¾ Prozent der Wählerschaft sich einzeichnete, sind auch in München nur etwas über 6 Prozent und in Nürnberg und Fürth nur etwa 4 Prozent Einzeichnungen festzustellen. Anders dagegen ist es in Pommern, wo durchschnittlich 26 Prozent errechnet werden konnten. Aber der Terror der Krautjunker auf die Dorfbewohner Pommerns hat die Demagogenaktion doch nicht retten können. Interessant ist auch das Ergebnis von Hamburg, wonach bei 4 Prozent Beteiligung sich 35 630 Wähler einzeichneten, während beim kommunistischen Panzerkreuzer-Volksbegehren 40 683 Einzeichnungen vorgenommen wurden.

In den sächsischen Bezirken

steht Leipzig an der Spitze der Ablehnung des faschistischen Demagogentricks. Nicht mehr als 19 546 Personen, das sind ziehe 4 Prozent, haben sich in die Liste eingezeichnet. Am ungünstigsten steht Chemnitz, bei dem die Zahl 20 vom Hundert beträgt, und zwar 45 936 Eintragungen von 239 000 Wahlberechtigten.

In Dresden

selbst haben sich 6 Prozent der Wählerschaft eingezeichnet, und zwar sind das 28 215 Personen von 473 847 Wahlberechtigten. Wenn man den kleinbürgerlichen Charakter Dresdens in Betracht zieht und die starke Propaganda der faschistischen Verbände in Rechnung stellt, so kann man wohl von einer schweren Niederlage der vereinigten Stahlhelmer und Nazis sprechen.

Der Polizeischutz des Herrn Kühn, der durch Auseinanderschlagen der kommunistischen Demonstranten den Söldlingen Hugenbergs den Weg freimachen versuchte, hat also die Hakenkreuzmannen nicht vor der Pleite gerettet. Wenn man vor allen Dingen bedenkt, wie ungeheuer der Terror gegen das kommunistische Volksbegehren für den Panzerkreuzerbau war, für das immerhin 1 216 501 Stimme aufgebracht werden konnten, wobei auf dem Lande selbst nach Eingeständnis der bürgerlichen Presse die Amtsvorsteher und Rittergutsbesitzer mit der Reitpeitsche vor dem Stimmlokal auf eventuell Einzeichnende warteten, und in den Städten Rentner durch Drohungen mit Rentenentziehung von der Einzeichnung abgehalten wurden, und überdies sich die Partei in einer großen Krise befand, so kann man angesichts des vom Großkapitalisten Hugenberg und vom Sozialdemagogen Hitler forcierten Manövers von einer vollkommenen Pleite und einer schweren politischen Niederlage dieser Aktion sprechen.

Die Niederlage dieses Flügels der Bourgeoisie ist jedoch nicht nur ein Beweis dafür, daß die herrschende Klasse in Deutschland seinen nationalfaschist. Flügel zurückpfeift von der außenpolitischen Front u. ihm durch die Niederlage klar macht, daß er seine Rolle im Kampf gegen den inneren Feind, das heißt das Proletariat, verstärkt führen soll und auf diese Aufgabe seine Kräfte konzentrieren muß.

Er ist auch ein Beweis dafür, daß die breiten Massen der Werktätigen, die sich nicht den Sklavenfesseln fügen, das Manöver der Reaktion durchschauten.

Die irregeführten Kleinbürgermassen, die den demagogischen Phrasen der Hitler und Konsorten zum Opfer fallen, werden sehr bald erfahren müssen, daß die angeblichen „Kämpfer gegen den Youngplan" als seine besten Einpeitscher sich betätigen durch die organisierte Niederhaltung und Niederschlagung der revolutionären Bewegung Hand in Hand mit dem sozialfaschistischen Staatsapparat. Dabei wird sich zeigen, daß die gesamte Reaktion in Deutschland aufs engste verbunden ist mit dem Youngplan und seiner kapitalistischen Lösungsversuche ,und daß die Basis, auf der sie sich findet, der Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihre Führerin, die Kommunistische Partei, ist.

Die Kommunistische Partei allein wird imstande sein, die Fesseln des Youngplanes zu sprengen

durch die Auslösung von wirtschaftlichen und politischen Massenkämpfen, durch systematische Abwehraktionen gegen die mit dem Youngplan verbundenen ungeheuren Massenbelastungen durch Massenmobilisierung gegen die verstärkte Ausbeutung, die der Youngblock von Hugenberg-Hitler bis Müller-Severing durchzusetzen versucht. Die Massendemonstrationen am vergangenen Sonntag gegen das Verbot des RFB waren bereits ein Auftakt zu diesem kommunistischen Kampf gegen den Youngplan und alle seine Nutznießer, deren Söldlinge die deutschen Faschisten mit Hakenkreuz und Reichsadler sind. Das Zurückpfeifen des tollgewordenen Faschistenbundes, der den Herrn spielen wollte, durch den Herrn selbst, wird die Fronten auch in der Reparationsfrage klarer stellen als das je der Fall war. Deshalb taten die Kommunisten recht, auch von diesem Standpunkt aus dem faschistischen Volksbegehren eine Niederlage zu bereiten, um in gradliniger Frontstellung den Massen gegenüber zu beweisen,

daß die Fesseln des aus- und inländischen Kapitals nur im revolutionären Klassenkampf gegen die Bourgeoisie des eigenen Landes gebrochen werden können.

Dem Ausgang dieses Volksbegehrens muß eine noch eindeutigere Unterstreichung dieses Standpunktes durch die werktätigen Massen selbst folgen durch Stimmabgabe für die kommunistischen Listen bei den Gemeindewahlen am 17. November, die in diesem Stadium eine politische Abrechnung mit den Auswirkungen der internationalen Politik der deutschen Bourgeoisie auf die Lebenshaltung der breiten Massen bedeuten.

Antifaschistische Jungarbeitergarden in Berlin

Sprengung der Landtagssitzung durch Obstruktion der KPD

Dresden, 30. Oktober.

Die gestrige Sitzung des Sächsischen Landtages wurde durch die von den Kommunisten geführte Obstruktion gesprengt. Dieser Ausgang der Landtagssitzung war die Fortsetzung des Kampfes um den 8. November als gesetzlichen Feiertag. Montag und Dienstag wurde von den reaktionären Fraktionen im Rechtsausschuß versucht, den durch die verpaßte Abstimmung in der Plenarsitzung vorige Woche erlittenen Tempoverlust aufzuholen. Es gab für sie aber keine Möglichkeit, die Scharte auszuwetzen, wie durch glatten Bruch der Geschäftsordnung. Anstatt, wie es in den Bestimmungen der Geschäftsordnung niedergelegt ist, den Gegenstand zu beraten, wenn auch die Anträge der Minderheit gedruckt vorliegen, verlangten die Reaktionäre in diesem Falle (ohne daß die Minderheitsanträge gedruckt vorliegen und es den Mitberichterstattern ausgehändigt werden konnte) die Behandlung der Vorlage.

Der Versuch Weckels, entgegen der Geschäftsordnung über die Beratung der Regierungsvorlage in der nächsten Sitzung abstimmen zu lassen, konnte nur durch die Obstruktion abgewehrt werden. Die kommunistische Fraktion griff, sobald Weckel die Festsetzung der nächsten Sitzung durchzusetzen versuchte, zu dem schärfsten Mittel, der Obstruktion. Die SPD-Fraktion, die zunächst Obstruktion angekündigt hatte, wagte aus „parlamentarischen Rücksichten" nicht, diesen Vorstoß zu unterstützen, sondern sah zum Schluß untätig zu. Die Schärfe der kommunistischen Obstruktion erzwang jedoch den Abbruch der Sitzung, deren Fortsetzung am Freitag, dem 1. November um 13 Uhr stattfinden soll. Arbeiter, nehmt in den Betrieben Stellung!

Sendet Delegationen zur nächsten Landtagssitzung!

(Ausführlicher Bericht auf der 3. Seite dieser Nummer.)

Ueberfüllte Protestkundgebung gegen den sozialfaschistischen Polizeiterror in Dresden

Dresden, den 30. Oktober.

Wenn es eines Beweises für die ungeheure Empörung großer Teile der Dresdner werktätigen Bevölkerung über das brutale Attentat der Polizei auf das Demonstrationsrecht der Arbeiterschaft bedurfte, so war die gestrige Kundgebung in den Annensälen Beweis genug. In mehr als überfülltem Saal demonstrierten die Massen ihr Vertrauen zur Haltung der Kommunistischen Partei bei den Auseinandersetzungen mit dem bürgerlich-kapitalistischen Staatsapparat. Nachdem Genosse Wehner die Kundgebung eröffnet hatte, traten zunächst die „Blauen Blusen" zur Vorführung einer kurzen Szene auf, und zwar in derselben Tracht, die die Wut der Polizeioffiziere am 27. Oktober so hervorgerufen hatte, daß sie die beiden Führer der „Blauen Blusen" verhafteten und sie gestern, nach Beraubung des Kostüms, erst wieder freiließen. Diese den Polizeiterror drastisch karikierende Szene fand großen Beifall. Hochrufe durchbrausten den Saal, als dann Genosse Sindermann vortrat, um in kurzer, aber bedeutungsvoller Ansprache nicht nur dem Massenprotest gegen die sozialfaschistische Polizei Ausdruck zu geben, sondern auch ganz offen und klar die Massen zu informieren von der prinzipiellen und taktischen Einstellung der Kommunistischen Partei zur Frage der Massendemonstrationen und der Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Staatsapparat. Gespannt lauschten die Versammelten den klaren Ausführungen, die oft von Beifallsstürmen unterbrochen wurden. Ein donnerndes dreimaliges „Rot Front!" schloß die wirkungsvolle Ansprache.

Nunmehr behandelte Genosse Renner, ebenfalls von stürmischem Beifall begrüßt, die Frage des neuesten Reaktionsvorstoßes gegen den 8. November und den 1. Mai, dabei die grundsätzliche Stellungnahme der Kommunistischen Partei zum Novemberverrat an der deutschen Revolution klar aufzeigend. Als Genosse Renner mitteilte, daß durch die Obstruktion unter Füh-